

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verzögerung der Konferenz.

Missverständliche Erklärungen der Botschafter. - Deutschnationale Sabotage.

Paris, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Sonderkorrespondent des "Matin" in Berlin, Herr Sauerwein, hatte Gelegenheit, Außenminister Stresemann zu interviewen. Stresemann soll erklärt haben, Botschafter von Hoek werde Briand über die Absichten der deutschen Regierung ausklären. Die Erklärung, die hinsichtlich der moralischen Stellungnahme Deutschlands zur Kriegsschuldfrage abgegeben worden sei, stelle in keiner Weise eine Vorbedingung zur Beteiligung Deutschlands an der Ministerkonferenz dar. Das Ziel der deutschen Regierung sei, die Schwierigkeiten, die auf dem Wege zur Einigung lägen, zu beseitigen und die zukünftigen Verhandlungen zu erleichtern.

London, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Die am Sonnabend vom deutschen Botschafter überreichte Note der Reichsregierung ist äußerst kurz. Sie bezieht sich auf die letzte Note Briands und erklärt die Bereitschaft der Reichsregierung, an einer mündlichen Besprechung über die Frage der Sicherheit teilzunehmen. Ein die Uebermittlung schloffen sich mündliche "Erläuterungen" im Auftrage der Reichsregierung über die Auffassung des Kabinetts vom Sinn der Konferenz, ihren Aufgaben und schließlich über die Kriegsschuldfrage sowie die Räumung der Kölner Zone. Es verlautet, daß diese "Erläuterungen" ausdrücklich unter dem Hinweis auf "innerpolitische Schwierigkeiten" gemacht würden und die Reichsregierung lediglich unter dem Druck der Deutschnationalen gehandelt habe. Mit Rücksicht darauf mißt man den Erläuterungen kaum besondere Bedeutung bei. Im übrigen ist die Erklärung über die Kriegsschuldfrage nichts anderes als eine Wiederholung jener Erklärungen, die das Kabinett Marz im vorigen Jahre gegenüber dem Völkerbund und den Alliierten abgegeben hat. Sie entspricht keinesfalls der deutschnationalen Forderung eines endgültigen Widerrufs und stellt an die alliierten Mächte nicht im geringsten das Ansuchen, eine entsprechende Antwort zu geben.

Paris, 28. September. (II.) Dem Berliner Sonderberichterstatter des "Matin" wird von maßgebender deutscher Seite bestätigt, daß die Erklärungen, die die deutschen Botschafter in den alliierten Hauptstädten bei der Ueberreichung der deutschen Antwortnote abgaben, die Räumung des Kölner Gebietes und die Kriegsschuldfrage zum Gegenstand hatten. Die deutsche Regierung habe dem dringenden Wunsch Ausdruck verliehen, daß die Räumung der Kölner Zone beschleunigt werde und alle strittigen Punkte in der Räumungs- und in der Militärkontrollfrage noch vor der Unterzeichnung des Sicherheitspactes endgültig geklärt würden. Die Erklärung über die Kriegsschuldfrage habe in einem Hinweis auf das Völkerbundsmemorandum bestanden, das Dr. Marz im November v. J. nach Genf gerichtet hat. Wenn sich Dr. Stresemann veranlaßt gesehen habe, die deutschen Botschafter mit der Abgabe einer darauf bezüglichen Erklärung zu beauftragen, so habe er es in der Ueberzeugung getan, daß die Garantievertragsverhandlungen zu einem Abschluß führen würden und Deutschland in den Völkerbund eintrete. Dr. Stresemann werde entweder in Locarno oder später in Genf gezwungen sein, den moralischen Vorbehalt in der Kriegsschuldfrage erneut abzugeben, einen Vorbehalt, der durchaus einseitig sei und der von den Alliierten sicherlich ohne Antwort gelassen werde, ohne daß damit der Eindruck entstehe, daß sie ihn anerkennen. Dr. Stresemann ziehe vor, diesen Schritt schon jetzt zu unternehmen.

Eine diplomatische Betriebsstörung ist über Sonntag eingetreten. Man spricht von einer Verschiebung der Konferenz, ja von ihrer Gefährdung. Was ist die Ursache dieser plötzlich eingetretenen und unerwarteten Schwierigkeiten? Die deutsche Antwortnote, die am Sonnabend überreicht wurde, ist kurz und enthält nichts Störendes. Aber die mündliche Erklärung, die die deutschen Vertreter bei ihrer Ueberreichung - infolge einer Instruktion, die ihnen in letzter Stunde zugeht - abgeben mußten, hat es, wie man zu sagen pflegt, in sich.

Leider kennt man den Wortlaut dieser Erklärung bisher nicht. Aber nach allem, was über ihn bekannt wird, haben auch die Ministerpräsidenten der Länder und die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses allen Anlaß, von ihm überrascht zu sein. Darauf, daß die Botschafter einige gut eingewickelte Worte über den Artikel 231 des Versailler Vertrags (Kriegsschuldfrage) vorbringen würden, war man gefaßt. Nicht gefaßt war man darauf, daß diese platonische Erklärung mit der Formulierung verschiedener Bedingungen und Vorbehalte verbunden sein würde, wie das nun der Fall zu sein scheint.

Die Botschafter, die durch die Instruktion der letzten Stunde gezwungen waren, solche Erklärungen abzugeben, sind zu bedauern, sie können sich dafür bei den Deutschnationalen und bei der Regierung in Berlin bedanken.

Das deutsche Volk erhofft und erwartet von der Konferenz einen wesentlichen Fortschritt in der Räumung der besetzten Gebiete. Ginge es nach unseren Wünschen, so müßte das ganze Besatzungssystem, das von der deutschen Sozialdemokratie und der sozialistischen Internationale verworfen und bekämpft wird, noch heute ein Ende finden. Aber so geht es ganz bestimmt nicht, daß man den Segnern sagt: "Ihr müßt uns diese und jene Zugeständnisse in der Räumungsfrage gewähren, wenn bei der Paktkonferenz etwas herauskommen soll." Das heißt die Widerstände gegen die Räumung künstlich versteinern, heißt die ganze Konferenz und ihren Erfolg in Frage stellen!

Die Sicherung des Friedens zwischen Deutschland und Frankreich-Belgien ist an sich ein erstrebenswertes Ziel. Ist es erreicht, so hat Deutschland mit seiner Forderung nach Räumung eine überaus starke Position. Wenn die deutschen Delegierten versuchen wollen, die Räumung schon während der Konferenz sicherzustellen, so werden sie daheim allgemeine Billigung finden, vorausgesetzt, daß der Versuch geschickt unternommen wird. Die Alliierten aber mit dieser Frage jetzt schon ins Gesicht zu springen, wäre das denkbar Ungeschickteste, was getan werden könnte, und stände auch in striktem Gegensatz zu der bisherigen vernünftigeren Haltung der deutschen Regierung.

Die Deutschnationalen, unter deren Druck die Regierung gehandelt hat, berufen sich immer auf Bismarck. Aber während dieser gelehrt hat, daß man Artischoden blattweise essen müsse, versuchen sie immer wieder, das edle Gewächs auf einmal in den Mund zu stecken.

Wir vermuten, daß sich die deutschen Botschafter bemühen werden, den Fehler, der ihnen von Berlin aus aufgezwungen worden ist, zu korrigieren und daß sie dabei mit der Zustimmung ihrer Regierung rechnen dürfen. Denn diese selbst hat ihnen die törichte Instruktion nur wider besseres Wissen erteilt. Eine andere Frage ist allerdings, wie eine Regierung zu beurteilen ist, die sich von einer einzelnen Partei zu Fehlern zwingen läßt, obwohl sie diese selbst als solche erkennt.

Man darf hoffen, daß sich der Konferenzgedanke von diesem Stoß wieder erholen wird. Aber kann es so weitergehen? Noch ehe die erste Störung überwunden ist, hat der badische Landesparteitag der Deutschnationalen nach einer Rede des Herrn Schlange-Schönningen einen ganzen Katalog von "Siegfriedens"-Forderungen aufgestellt, den er der deutschen Regierung zur Konferenz als Instruktion mitgeben will. Läßt sich die Regierung diesen Unfug weiter gefallen und macht sie ihm weitere Zugeständnisse, statt ihn sich energisch zu verbitten, so trägt sie für ihn die Verantwortung. Die Deutschnationalen mögen glauben, daß sie durch ihren Beschluß ihren Vortritt bei den badischen Landtagswahlen verhindern können, aber sie schädigen durch ihn und durch ihr ganzes Treiben die außenpolitischen Interessen des Reiches. Es kann nicht geduldet werden, daß sich neben der verantwortlichen Regierung eine deutschnationale Nebenregierung etabliert, die in die Verhandlungen hineinspuckt. Wahrscheinlich wird es nötig werden, sehr bald wieder den Auswärtigen Ausschuß des Reichstags einzuberufen, um dort die Frage zu klären, wer eigentlich die auswärtige Politik des Reiches dirigiert.

Was geht vor?

Erklärungen von deutscher amtlicher Seite.

Von deutscher amtlicher Stelle wird zu diesen Meldungen folgendes erklärt:

Der deutsche Botschafter in Paris hat erst heute nachmittags Gelegenheit, dem französischen Außenminister die deutsche Antwortnote zu übergeben. Aus diesem Grunde kann amtlich noch nichts über den Inhalt der Erklärungen gesagt werden, die die deutschen Botschafter abgegeben haben oder abgeben werden.

Gegenüber den verschiedenen Meldungen über die Äußerungen Dr. Stresemanns zu Herrn Sauerwein wird von zuständiger Stelle erklärt, daß der deutsche Außenminister nur ungefähr das folgende gesagt habe:

"Ich begrüße es, daß der deutsche Botschafter in Paris morgen Gelegenheit haben wird, Herrn Briand gegenüber die von deutscher Seite abzugebenden Erklärungen auch persönlich auszusprechen und erläutern zu können. Die deutsche Regierung hat wiederholt erklärt, daß sie ein positives Ergebnis der Verhandlungen über den Sicherheitspact begrüßen würde und die von unseren Botschaftern abgegebenen (oder abzugebenden) Erklärungen bezwecken gerade, diejenige Atmosphäre innerer Gleichberechtigung und Zusammenarbeit zu schaffen, welche eine Vorbedingung für ein gutes Arbeiten der Konferenz ist."

Das Londoner Sonntagblatt "Sunday Times" hatte gemeldet, daß Botschafter Stamer gegenüber dem britischen Außenminister Chamberlain auch betont habe, die Paktkonferenz der Außenminister könne die beteiligten Mächte noch nicht endgültig binden. Hierzu wird von deutscher zuständiger Stelle gesagt, die Art des Abschlusses der bevorstehenden Verhandlungen sei wohl nicht so gedacht, daß ein Traktat aufgesetzt und mit allen Einzelheiten von den Teilnehmern der Konferenz unterschrieben werde; der Vorgang werde doch voraussichtlich der sein, daß man bei den bevorstehenden Verhandlungen eventuell zu einem Ergebnis komme, welches dann den beteiligten Regierungen und gegebenenfalls auch den Parlamenten zur Genehmigung vorgelegt werden würde. Ueber den Wortlaut dessen, was Botschafter Stamer Herrn Chamberlain erklärt habe, sei man in Berlin amtlich noch nicht unterrichtet. Ebensovienig dürfte auch die englische Öffentlichkeit unterrichtet sein, so daß die Mitteilungen englischer Blätter wohl lediglich Kombinationen wären.

Die Veröffentlichung der deutschen Antwort erfolgt nach erteilter Zustimmung Briands, also möglicherweise in den deutschen Morgenzeitungen am Dienstag.

(Siehe auch 2. Seite.)

Reaktion in der Kirche.

Evangelische Kirche, Arbeiterschaft und Weltfrieden.

Von Pfarrer Bleier, Charlottenburg.

Die evangelische Kirche hat richtig erkannt, daß der demokratische Staatsgedanke festgesetzt hat über den monarchischen. Sie hat weiter erkannt, daß sie nur dann innerhalb der kulturellen und religiösen Strömungen der Gegenwart ihre Existenzberechtigung zeigen kann, wenn sie das demokratische Staatsprinzip zum mindesten nicht verneint. Aus diesen Erwägungen heraus ist ihr Vorgehen im letzten Jahre zu beurteilen. Sie hat damit von der Taktik der katholischen Kirche gelernt. Es ist gar nicht zufällig, daß die maßgebenden kirchlichen Kreise danach streben, den Generalsuperintendenten zum Träger und Sprecher der Kirche zu machen, ihm den Titel und die Funktionen eines Bischofs beizulegen. Kürzlich tagte die Brandenburgische Provinzialsynode hier in Berlin und begründete die Forderung des neuen Titels ausdrücklich damit, daß früher der Generalsuperintendent "königlich" war. Seitdem er sich nicht mehr so nennen dürfe, habe der Titel entschieden an Bedeutung verloren. Deshalb müsse er, um mit den nordischen Bischöfen, mit den Bischöfen der englischen Hochkirche und nicht zuletzt mit den Purpurträgern der katholischen Kirche konkurrieren zu können, "Bischof" werden. Dann werde er noch volkstümlicher werden!

Wie stellt man sich diese Volkstümlichkeit vor? Vielleicht im Sinne der Provinzialsynoden, die vor dem Kriege ihrem Seelenkummer darüber Ausdruck gaben, daß bei höflichen Empfängen der Bischof wie ein Fürst empfangen wurde, die Wache ins Gewehr trat, während der "königliche" Generalsuperintendent, trotzdem der König ein König von Gottes Gnaden und bewährter Protestant war, offenbar weniger geachtet wurde bei Hof und weit hinter dem Bischof kam, trotzdem er gerade im Verkehr mit dem König und sämtlichen Mitgliedern des königlichen Hauses das Bischofskreuz zu tragen hatte, das einfach dem katholischen Bischofskreuz nachgebildet ist.

Diese katholische Entwicklung der protestantischen Kirche wird ihre Popularität nicht erhöhen, jedenfalls bei den Volksmassen sie noch unbeliebter machen als sie schon ist. Dort fehlt man sich nicht nach Hirtenbriefen, die von jeder Kanzel verlesen werden, nach Paraden, die unter großem Pomp die kirchliche Schnuckel nach staatlicher Machtfülle offenbaren, nicht nach einem evangelischen Zentrum, wie es der Evangelische Bund sein möchte. "Tägliche Rundschau" und "Tag" sind keine Sprachrohre. Das geht so weit, daß von der Zeitschrift "Das evangelische Berlin", die von dem Evangelischen Presbyterband in Steglitz herausgegeben wird, gerade diese Organe angegriffen werden, trotzdem sie nichts weiter sind als Organe der Rechtsparteien, der deutschen Nationalisten und Militaristen. Alle schönen Erlasse des Deutschen evangelischen Kirchenausschusses, die sich gegen Volksnöte, wie Alkoholismus, Wohnungsnot, richten, können daran nichts ändern, sondern müssen lediglich als Gesten erscheinen, solange sie ausschließlich im Sinne der Rechtsparteien gefaßt werden sollen, die das Boden-, Hausbesitzer- und Alkoholkapital stärken und fügen, wo sie nur können.

Rein volkstümlich wird die evangelische Kirche nicht dadurch, daß sie Bischofskirche wird, sondern dadurch, daß sie auf weltliche Machtfülle klar Verzicht leistet. Ihr wisst, daß die weltlichen Fürsten herrschen und die Oberherren haben Gewalt. So soll es nicht sein unter Euch. Sondern so jemand will unter Euch gewaltig sein, der sei Euer Diener. Und wer da will der Vornehmste sein, der sei Euer Knecht. Gleichwie des Menschen Sohn nicht gekommen ist, daß er sich dienen lasse, sondern daß er diene und gebe sein Leben zu einer Erlösung für viele," sagt Jesus von Nazareth.

Diejenigen Pfarrer aber in der protestantischen Kirche, die klar diesen Weg gehen wollen, gehen einen Märtyrerweg, drangsalieren, verleumden, gerade von den kirchlichen Kreisen als Schädlinge empfunden und entweder aus der Kirche herausgedrängt oder, wenn ihnen das nicht durch offene Vorstöße gelingt, so durch zähe, planmäßige Arbeit hinter den Kulissen, wozu auch gesellschaftlicher Boykott gehört, müde zu machen versucht.

Das neueste Opfer in dieser Hinsicht ist der sozialistische Pfarrer D. Emil Fuchs. Er ist aus dem freien Protestantismus hervorgegangen, hat im Gegensatz zu der Mehrheit der liberalen Theologen die einzig mögliche Konsequenz gezogen und es abgelehnt, den Katholizierungsprophet der Kirche mitzumachen. Er ist Sozialist geworden, Pazifist, Quäker, Freund der Unterdrückten, Gegner der herrschenden Gewalten, und hat in einem Auffah im Eisenacher Parteiblatt der deutschen Justiz beschneit das, was sie ist: Klassenjustiz, aber keine Justiz des Rechts für alle, gerade für die Mitleidigen und Beladenen. Grund genug, daß er zur Strecke gebracht werden soll. Er muß fallen. So will es "der evangelische Bund zur Wahrung deutschprotestantischer Interessen". Dieser hat die Hege entseffelt und den traurigen Ruhm, ihn denunziert zu haben. Die kirchlichen Körperschaften in Eisenach haben ihn bereits fallen gelassen. Die letzte Entscheidung liegt bei dem Landeskirchenrat, der lobend bestätigt hat, daß Herr Raurenbrecher thüringischer Pfarrer wurde. Fuchs ist Doktor der Theologie, hat viele Bücher geschrieben von anerkannt wissenschaftlicher Bedeutung, ist ein gereifter Mann voll Liebe zur Religion, zum Protestantismus. Tut nichts,

er soll fallen, so schreien seine Gegner. Vielleicht hält man es nicht für opportun, ihn jetzt fallen zu lassen; vielleicht kommt er mit einem Verweis davon, vielleicht sogar mit einer Ermahnung, sich allen Gemeindegliedern verpflichtet zu fühlen. Das ändert an der Gesamtsituation nichts, daß dieser eine Fall mal wieder den Arbeitern, den Republikanern, allen fortschrittlich Gesinnten zeigen wird, welch ein Geist in der Kirche möglich ist.

Dieser eine Fall Fuchs wird der Kirche größeren Schaden zufügen, als sämtliche Austrittsveranstaltungen der proletarischen Freidenker. Denn er wird die tatsächliche Lage beleuchten. Er wird zeigen: Seht, so geht es einem aufrechten Republikaner in der Kirche, einem Manne, dem das Herz schlägt für das Volk! Was geschieht gegen die ungezählten politischen Pastoren, bei den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, was gegen die Pfarrer, die im Talar bei Stahlhelmparaden einen Feldgottesdienst veranstalten, die Fahnen weihen und von der „gottverfluchten Revolution“ reden? Das ist natürlich vollkommen unpolitisch, weil das jeder „nationale“ Mann billigen muß. Bei der Abschiedsfeier des Herrn Geheimrat Ruhjäger im Dom wurde ein Telegramm des Kaisers verlesen. Darüber berichtet der „Vokal-Anzeiger“: „Kaiser Wilhelm hatte als Patron des Domes telegraphisch herzliche Worte der Anerkennung und gute Wünsche für einen sonnigen Lebensabend übermittelt.“ Wie mögen sich diese Verbindungen zwischen dem Domkirchenkollegium und „Kaiser Wilhelm“ in Doorn vollziehen? Außern sie sich auch in der Ernennung der Domprediger, so daß ohne das Placet des „Kaiserlichen Herrn“ keine Ernennung vollzogen werden kann? Wie kommt es, daß nach Berichten demokratischer Zeitungen in Stockholm über dem Heim der deutschen Delegation die schwarzweißrote Flagge wehte, daß namhafte Delegierte im Glanze kaiserlicher Orden marschierten, daß kein Pfarrer, kein Kirchenältester der sozialistischen, pazifistischen Kreise entnommen war, daß kein Arbeitervertreter den freien Gewerkschaften angehörte? Wenn von der Kirche das soziale Problem erörtert wird, werden nur christliche Gewerkschafter zugezogen, die selbstverständlich immer, wie Stöcker es getan hat, das Arbeitgeberinteresse vertreten, das Deutschnationalen vertreten mit einer sozialen Geste, die dann in Stockholm den Ausländern viel zu erzählen wissen von dem sozialen Deutschland unter dem kaiserlichen Regime. Wenn so die Kirche weiter arbeitet, sich hermetisch abschließt von dem neuen Geist in Deutschland, dem republikanischen Deutschland, dann braucht sie sich nicht zu wundern, wenn dieses, ihr politisches Verhalten, die Kritik herausfordert, gerade bei denjenigen, die die Politik aus der Kirche beseitigen wollen.

Dann braucht sie nichts zu erzählen von all ihrer sozialen Arbeit an Armen, Kranken. Wenn diese Arbeit nur geleistet werden soll in Verbindung mit Damen und Herren der politischen Reaktion, dann werden die Republikaner, die Sozialisten es sich ernstlich überlegen, ob eine solche Kirche noch zu unterstützen ist, ob man ihr neutral gegenübersteht und sie ruhig gewähren lassen kann oder ob einer so politischen, schwarzweißroten Kirche gegenüber nicht die Parole der Freidenker: Kampf um des kulturellen Fortschrittes willen die einzig gegebene Parole ist.

Wir warnen deshalb die kirchlichen Kreise, die gerade jetzt Berichte entgegennehmen über Stockholm: Glaubst Ihr wirklich, der Kirche auf diesem Wege zu dienen, wenn Ihr denkt an die Engländer, Amerikaner, für die Demokratie, Ueberwindung des Nationalismus durch die internationale Zusammenarbeit glatte Selbstverständlichkeiten sind?

Die portugiesischen Revolutionäre, die angeklagt waren, an der Aufstandsbewegung am 18. April teilgenommen zu haben, sind freigesprochen worden. Einige werden noch in Haft gehalten, weil sie sich wegen der Teilnahme an dem Aufstand vom 19. Juli zu verantworten haben.

Gémier spricht zu den Schauspielern.

Nachdem Firmin Gémier tagelang die Berliner Theaterverhältnisse studiert und sich auch besonders mit der Organisation der Deutschen Bühnengenossenschaft vertraut gemacht hatte, trieb es ihn, zu der Gesamtheit der Berliner Schauspieler zu sprechen. Er wollte den Plan darlegen, dessen Verwirklichung er nun schon seit Jahresfrist erträumt. Er wollte von der internationalen Theatergesellschaft reden, zu deren Mitarbeitern der französische Künstler auch seine Kameraden heranziehen will.

Man versammelte sich im Hotel Adlon, feierlich und gespannt. Es waren wirklich die besten der Berliner Schauspieler erschienen. Gerhart Hauptmann konnte nicht kommen, aber es war charakteristisch, daß der Dichter zur Begrüßung des französischen Gasten Worte telegraphierte, die wie eine leidenschaftliche Abwehr gegen jene Leute klangen, die sich schon nicht mehr zurückhalten können, all die Freundesworte, die während der letzten Tage zwischen deutschen und französischen Künstlern gewechselt wurden, der Ueberzeugung oder Taktlosigkeit zu verdächtigen. Gerhart Hauptmann tritt in diesem Begrüßungstelegramm an Gémier für eine Volkstheaterkunst ein, die dem Zufall der kapitalistischen Ausbeutung entzogen sei. Es war ein schöner Augenblick, als diese Sätze vorgelesen wurden.

Ricetti, der Präsident der Bühnengenossenschaft, stellte den französischen Gast vor. Auch er hatte die offenen und geheimen Widerstände zu tadeln, die jetzt schon dieser französisch-deutschen Verständigung im Wege sein wollen. Dann begann Gémier selber zu reden. Er sprach schlicht und dennoch begeistert. Er charakterisierte sich als einen Sohn des Volkes, als einen Sohn der Straße sogar, der herausgekommen ist von unten, der hinauf will zu der Höhe der Kunst, der aber mitgehen will dorthin all seine Landesteute und auch die Welt. Das ist der Traum Gémiers, dessen Erscheinungen er vor seinen deutschen Hörern darlegte. Dieser Franzose hat ein sehr starkes internationales Bewußtsein. Er hat von jenen Karthagern gelesen, die das Geheimnis des Kompasses schon lange vor der Zeit des Mittelalters erfinden hatten. Aber die Karthager, so erzählt Gémier, wären Barbaren gewesen, verfehlen darauf, ihr Geheimnis zu wahren. Und als sie in Gefahr waren, streichenden Römern ihr Geheimnis ausliefern zu müssen, da zogen sie es vor, Schiff und Kompaß in die Tiefe zu bringen, damit auf dem Grunde des Meeres das Geheimnis begraben werde. Und Gémier ruft aus: Hätten die Griechen das Wunder des Kompasses gekannt, sie würden ausgefahren sein, um die ganze Welt mit dem Wunder zu beglücken. Ihr Deutsche seid Griechen!

Nach dieser Aufforderung, die schmeichelnd und zugleich stark den Deutschen entgegengetragen wurde, legte Gémier dar, was praktisch zur Verwirklichung der internationalen Theatergesellschaft zu leisten sei. Hier im „Vormärts“ wurden diese Dinge schon erörtert. Überall in den Hauptstädten der Erde sollen die großen Festspiele

Deutschnationale und Sicherheitspakt. Entscheidung auf dem Deutschnationalen Landesparlament in Baden.

Mannheim, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Der deutschnationale Landesparlamentstag für Baden saßte am Sonntag nach einem Referat des auf dem völkischen Flügel der Deutschnationalen stehenden Reichstagsabgeordneten Schlangenschöningen folgende Entscheidung:

1. Vor allen etwaigen Verhandlungen über einen Sicherheitspakt und einem Eintritt in den Völkerbund hat die amtliche Notifizierung des Widerrufs der Kriegsschuldfrage zu erfolgen, muß die Räumung der ersten Zone vollzogen und die Befestigung der Unwürdigkeiten des Besatzungsregimes im Rheinland und Saargebiet sichergestellt sein. Außerdem müssen Entwaffnungs- und Luftnote und Investitionsbeschlüsse fiktiv und über den Schutz der deutschen Minderheiten in fremden Ländern und die Rückgabe der Kolonien ausreichende Zusagen gegeben sein.

2. Ein etwaiger Sicherheitspakt darf sich nur auf die Westgrenze beziehen und niemals einen Verzicht auf deutsches Land enthalten.

3. Ein Eintritt in den Völkerbund, der sich auf die Paragraphen 10 und 16 des Versailler Vertrages und die Schuldfrage aufbaut, ist von vornherein abzulehnen.

4. Der Abschluß endgültiger Verträge ist davon abhängig zu machen, daß a) über die frühere Räumung der zweiten und dritten Zone und die frühere Abstimmung im Saargebiet bindende Abmachungen erzielt; b) über die Durchführung einer allgemeinen Abrüstung, entsprechend dem Versailler Vertrag und der Völkerbundsidee bindende Zusagen gegeben sind.

5. Diese Forderungen sind als Mindestprogramm zu bezeichnen, von denen unter keinen Umständen abgewichen werden darf, auf die Gefahr hin, sich in Zukunft nicht mehr an der Regierung zu beteiligen.

Zusätzlich nahm die Konferenz eine Entscheidung gegen den Reichsschulgesetzentwurf an.

Stresemann spricht... durch den Mund von Curtius.

Gestern wollte Herr Stresemann in Baden-Baden sprechen, er sah sich aber in letzter Stunde, vermutlich durch Nachrichten aus London und Paris, veranlaßt, die Reise aufzugeben. An seiner Stelle sprach Herr Curtius, der am Sonnabend im Auswärtigen Ausschuss war und wohl auch sonst über die Absichten der Regierung unterrichtet ist. Er berichtete, daß es Herrn Gaus bei der Londoner Juristenkonferenz gelungen sei, wirkliche Gegenseitigkeit in der Frage des westlichen Garantiepactes zu erlangen. Die automatische Garantie Englands für den Fall einer kriegerischen Bedrohung steht nach dem Londoner Ergebnis nicht nur Frankreich, sondern auch Deutschland zur Verfügung. Es sei auch weiter gelungen, zu vereinbaren, daß alle Streitigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich, auch aus dem Versailler Friedensvertrag, in Zukunft unter ein Schiedsverfahren fallen sollen. Es sei der deutsche Typus durchgesetzt worden, der dann eventuell auch im Osten gelten würde und der dahin gehe, daß bei rechtlichen Fragen ein endgültiges Schiedsgericht entscheidet, in politischen und sonstigen Fragen dagegen eine Vergleichskommission eingesetzt wird, deren Urteil nicht unbedingt bindend ist.

Ferner werde die deutsche Delegation einen festen Räumungstermin für Köln und die Abschaffung der Ordnungen fordern. Für den Artikel 16 (Durchmarschrecht) des Völkerbundes werde eine Auslegung im Sinne des deutschen Memorandums gefordert.

Herr Curtius sagte dann weiter, daß das Ergebnis der Konferenz zweifellos eine Bindung Deutschlands bedeuten werde, und fuhr dann fort: Die Schritte der Deutschnationalen in den letzten Tagen hätten vielfach der Meinung Raum gegeben, als ob eine Art Nebenregierung neben dem Reichskabinett eingerichtet werde. Wenn es zu einer solchen Nebenregierung gekommen wäre, dann hätte er sich genötigt gesehen, die

stattfinden, bei denen die besten Dramen und Opern der Welt jeweils von den besten Künstlern dargestellt werden sollen. Alles habe zu geschehen, damit die Nationen sich kennen lernen und damit sie sich lieben und besonders lieben die kostbaren fruchtbringenden Kräfte der Kunst, die in jedem einzelnen Volke schlummern und Gestalt gewinnen. Als vor Jahren im „Vormärts“ der Roman „Die Klarheit“ von Henry Barbusse abgedruckt wurde, konnte man schon einmal in diesem Werte, das der moralischen Ermutigung und der Idee der geistigen Internationale dient, solcher Sehnsucht begegnen. In den Tagen der internationalen Theaterfestspiele sollen die Teilnehmer durch alle Mittel der Kunst für die Idee des Weltfriedens gewonnen und eingestimmt werden. Gémier zweifelt nicht daran, daß sein Plan, der schöner Nachklang vieler Dichterräume ist, nun bald Wirklichkeit werden kann. In allen Kulturstaaten sollen die nationalen Gruppen begründet werden, damit entsetze und lebensfähig werde, was der Redner nannte: Den Völkerbund der Künstler.

Sogleich schallte ihm Echo und liebendes Verständnis entgegen. Der Berliner Schauspieler Ebert sprach im Namen seiner deutschen Kameraden, und da er den Franzosen mit dem brüderlichen Du anredete, spürte man, daß die Verständigung schon weit vorgeschritten war. Gemessener antwortete Dr. Ludwig-Fulda für die deutschen Bühnenschriftsteller, deren Verband er repräsentierte. Aber auch dieser vorläufige Mann konnte sich nicht der aufrichtigen, herzlichen, in keiner Weise theatralisch verschminnten Ueberredungskunst Gémiers entziehen. Der Völkerbund der Künstler ist im Werden. Man kann ihn nicht mehr zerstören, man darf ihn nicht mehr zerstören!

Schlafgrippe in England. Große Beunruhigung herrscht gegenwärtig in England, weil neuerdings die Zahl der tödlich verlaufenen Fälle von Schlafgrippe wieder im Anwachsen ist. Im Vorjahr erkrankten nicht weniger als 5039 Personen, von denen 1407 gestorben sind, an dieser merkwürdigen und tödlichen Krankheit. In diesem Jahr wurden bisher zwar nur 1969 Fälle gezählt, was verhältnismäßig wenig ist, doch ist der Prozentsatz der Fälle mit tödlichem Ausgang außerordentlich groß. Die Schlafgrippe, die nebenbei bemerkt mit der afrikanischen Schlafkrankheit nicht das Geringste zu tun hat, ist in Europa zum ersten Male in Wien im Jahre 1917 beobachtet worden. Auch in Deutschland ist sie ungefähr zur gleichen Zeit aufgetreten. Nach England kam sie im April 1918. Sie bedroht insbesondere die jugendlichen und mittleren Altersklassen und ist noch völlig ungeklärt in ihren Ursachen. Die ersten Symptome der Erkrankung bestehen in einer außerordentlich großen Mattigkeit, starken Kopfschmerzen, Doppelsichtigkeit und gelegentlichem Erbrechen. Rötter zeigen sich auch Hautausschläge, die jedoch rasch wieder verschwinden, und zwar meist schon innerhalb von 24 Stunden. Oft stellen sich auch heftige Halschmerzen ein. Das Ende der dritten Woche pfeift die Krise zu bringen. Wenn der Patient sie übersteht, so ist er in weiteren zwei bis drei Wochen wieder hergestellt. Andernfalls tritt der Tod ein, und zwar auf eine sehr qualvolle Weise, die durch eine langsam fortschreitende Lähmung der Atmungsorgane verursacht zu werden scheint.

Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nach Berlin einzuberufen. Das hätte zur Folge gehabt, daß alle Reichstagsfraktionen in Berlin zusammengetreten wären. Das Ergebnis wäre eine innerpolitische Machfrage gewesen. Es sei aber zu einer solchen Nebenregierung der Deutschnationalen nicht gekommen. (?)

Inhaltsangabe des Paktentwurfs.

London, 28. September. (W.B.) Dem diplomatischen Korrespondenten der „Sunday Times“ zufolge ist der von den Juristen in London vorbereitete Paktentwurf ein kurzes Dokument. Seine Einleitung sei in weitem Maße von der Form der belgischen und luxemburgischen Neutralitätsverträge von 1867 und 1889 beeinflusst. Die wesentlichsten Klauseln bezögen sich auf den Fall eines sogenannten flagranten Angriffs. Diese Fälle seien 1. in großem Umfang erfolgende Verletzung der Grenze einer der Signatarmächte durch die Streitkräfte einer anderen und 2. militärische Massenkonzentration an der entmilitarisierten Rheinzone mit der offensibaren Absicht, anzugreifen. Andere Klauseln bezögen sich auf Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und auf die Befristung. In beiden erwähnten Fällen würde Großbritannien oder jede andere Garantiemacht sich das Recht vorbehalten, mit bewaffneter Macht einzugreifen, um die nichtschuldige Partei zu verteidigen, ohne zu warten, daß der Völkerbund eine Partei als den Angreifer bezeichne, mit anderen Worten, Großbritannien würde selbst die Tatsachen beurteilen, z. B. ob der Angriff unprovokiert ist, und würde seine Handlungsweise entsprechend wählen wobei in zweifelhaften Fällen die Entscheidung des Völkerbundes abgewartet werden würde; aber auch nach dieser tatsächlichen Intervention würde der Fall vom Völkerbund zu beurteilen sein.

Konferenzort Locarno?

Genf, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Hier verlautet, daß zwischen der englischen und französischen Regierung eine Verständigung über Locarno als Konferenzort erzielt worden sei. Die deutsche Regierung solle hierüber am Dienstag verständigt werden. Die französische Regierung habe bereits 16 Räume im Grand Hotel Palace bestellt. „Journal“ berichtet, die französische Delegation zur Sicherheitskonferenz bestehe aus Briand und Philippe Berthelot sowie einigen technischen Beratern.

Konferenzbeginn erst am 12. Oktober?

London, 28. September. (W.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, wenn auch die Deutsche Regierung die Einladung zur diplomatischen Konferenz für den 5. Oktober angenommen habe, sei es doch nicht sicher, daß sie an diesem Tage stattfinden. Möglicherweise werde sie erst am 12. beginnen. Auch der Ort, ob Locarno oder Lugern, sei noch unbestimmt. Daß das Datum noch ungewiß sei, erklärte sich daraus, daß der deutsche Botschafter in Paris Briand erst heute sprechen werde.

Die belgische Vertretung.

Brüssel, 28. September. (W.B.) „Etoile Belge“ meldet, daß sich die belgische Delegation für die Paktkonferenz wie folgt zusammensetzen wird: Außenminister Vanderveelde, sein Kabinettschef Kolin, der Mitglied der Juristenkonferenz in London war, und der Referent für westeuropäische Angelegenheiten im Außenministerium, van Juyden.

Die Antwort auch Italien übergeben.

Rom, 28. September. (Agenzia Stefani.) Der deutsche Gesandte teilte dem Ministerium des Aechern vorgestern nachmittags mit, daß die deutsche Regierung an der Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt teilnehmen werde.

Zurückhaltung der Börse.

Die Nachrichten über die bevorstehende deutsch-russische Einigung, über die 10prozentige Tarifermäßigung für die Lebensmittel auf der Reichsbahn und schließlich über die Zunahme der Sparraten, gelber hätten wohl auf die heutige Börse befestigend gewirkt, wenn nicht gleichzeitig in den Paktansichten eine neuerliche

Dollarpreise bei der Städtischen Oper. In der Öffentlichkeit beschäftigt sich die Regierung jetzt sehr viel mit dem Preisabbau. Sie wendet sich u. a. gegen die Preisstarre und von diesen hat sie in allererster Linie die Textilindustrie auf Korn genommen, die unter ihren Verkaufsbedingungen noch immer die sogenannte Valutaklausel, d. h. die Möglichkeit, die Warenpreise in ausländischer Währung zu bestimmen, haben. Was soll man nun dazu sagen, wenn in dieser Zeit die Städtische Oper, deren Verwaltung dieses Preisabbauaktionschauspiel nicht ganz unbekannt sein dürfte, die Verkaufspreise für Abonnements in Mark und in Dollar ausdrückt? Diese Tatsache an sich ist bezeichnend für das Jurauen, das man in Kommunalangelegenheiten zu der Ernsthaftigkeit der staatlichen Preisabbauaktionsmaßnahmen hat und zeigt, welche Autorität die Regierung genießt.

Gegen die Vergewaltigung der Schule. Die am 22. September tagende Generalversammlung des „Bundes entschiedener Schullehrer“ Bezirksverband Groß-Berlin, rief die deutsche Öffentlichkeit aufs entschiedenste zur Wachsamkeit und zum Widerstande auf gegenüber den Plänen der kirchlichen und reaktionären Parteien, dem ungeheuerlichen Reichsschulgesetzentwurf, der unzweifelbar eine Verfassungswidrigkeit und einen Rechtsbruch darstellt, in aller Eile und möglicher Stille durchzuprüfen. Das Deutschland daraus drohende Unheil ist unermesslich. Der Bund entschiedener Schullehrer fordert von allen kulturwilligen Deutschen, daß sie sich zu einem Proteststurm vereinigen, der dieses dunkle Nachwerk beseitigt. Nur in einer Schule der Deutschfreiheit können der Deutschen Republik echte Bürger heranreifen.

Fund eines antiken Bootes in Wales. In dem Plangorsee in Wales wurde ein altes Boot von 16 Fuß Länge, 2 Fuß Breite und 18 Zoll Tiefe gefunden, das aus einem großen Eichenstamm hergestellt ist. Das Boot ist ausgezeichnet erhalten. Das hintere Ende läuft spitz zu und das vordere ist ein Block von massivem Holz und endet mit einer gekrümmten Spitze. Vorrichtungen zum Rudern fehlen, so daß man annimmt, daß es eine Art Raddelboot war. Wahrscheinlich stammt es aus der Zeit der römischen Besetzung des Landes; wenige Meilen von den See entfernt befand sich damals ein römisches Lager.

Lloyd George geht unter die „Sittlichkeitsapostel“. Dem Vertreter des „Illustrated Sunday Herald“ teilte Lloyd George mit, er werde in dem deutschen Film „Wege zur Kraft und Schönheit“, der für die Körperkultur Propaganda mache, und in dem nackte Frauen eine hervorragende Rolle spielen (!), beim Golfspiel gezeigt. Lloyd George bezeichnete seine Aufnahme in einem derartigen Film als Infamie und erklärte, wenn der Film in England gezeigt werde, werde er ernstlich erwägen, welche Schritte er dagegen unternehmen könne.

10 Millionen für den neuen Friedenspakt. Das Finanzkomitee des Völkerbundes hat beschlossen, den bisherigen Sitz des Völkerbundes in Genf zu verlassen und neue Gebäude zu errichten, die auch einen Konferenzsaal enthalten sollen. 10 Millionen wurden als Beauftragte dafür bewilligt. Die Kräfte aller Völker, die zum Völkerbund gehören, sollen zu einem Wettbewerbfest aufgefördert werden.

Der schwedische Schriftsteller Ola Hansson ist gestern in Bajal-Dere in der Nähe Konstantinopels gestorben.

Verflechtung eingetreten wäre. Infolge des Feiertages blieb das Geschäft heute sehr gering. Ausgehend vom Montanmarkt und hier wieder von neuerlichen Verkäufen in Rheinlohi gestaltete sich die Tendenz einheitslich matter. Auch der Geldmarkt ist infolge herausgekommenen Nachfragen noch zum Ultimo etwas gespannt, selbst erste Firmen müssen 9 bis 11 Prozent für tägliches Geld bewilligen. Die übrigen Sätze sind unverändert. Geld über den Ultimo kostet 10 bis 12 Prozent. Montanaktien fast durchweg schwächer. Auch Phönix mußten ihren anfänglichen Widerstand aufgeben. Kalkaktien still, Elektroaktien eher gefragt mit Ausnahme von Poeg. Anknaktien nicht einheitslich und zum Teil schwächer. Auch Maschinenaktien der Mehrzahl nach weichend. Schiffsaktien eher fester. Von Bankwerten Reichsbank beachtet. Deutsche Bank nachgebend. Am Rentenmarkt herrscht Stille. Schutzgebiet 5,20, Kriegsanleihe 0,245.

Meißinger — Sigler.

Die Christlichen gegen das Reichsarbeitsministerium.

Köln, 28. September. (Mit.) Eine Vertrauensmännerführung des christlichen Metallarbeiterverbandes, die gestern in Köln stattfand, nahm zu der neuen Folgegebung und ihre Auswirkungen auf die wirtschaftspolitische Lage Stellung. Sie legte ihre Auffassung in folgender Entschließung nieder:

„Die Vertreterversammlung nimmt Kenntnis von den Vorgängen, die sich auf dem Gebiet des Schlichtungswesens in den letzten Monaten herausgebildet haben. Wenn von seiten der Schlichter und des Reichsarbeitsministeriums eine Verbindlichkeitsklärung auf der minimalsten und berechtigtesten Lohn-erhöhung in den letzten Monaten nicht erfolgt ist, so erblickt die Versammlung darin eine einseitige Stellungnahme zugunsten der Arbeitgeber. Die durch die Presse bekannt gewordenen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium mit dem Syndikus der Vereinigung Deutscher Arbeitgeber, Dr. Meißinger, und das Zugeständnis, das von Ministerialdirektor Dr. Sigler gemacht wurde, sind als Einverständnis mit den reaktionären Bestrebungen der Arbeitgeber zu bezeichnen. Entspricht dasjenige, was Dr. Meißinger durch Aktivenotizen den Arbeitgebern aus der Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. Sigler mitgeteilt hat, der Wahrheit, dann ist die Unparteilichkeit des Reichsarbeitsministeriums, vertreten durch Ministerialdirektor Dr. Sigler, nicht mehr gegeben. Die Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes Köln erwarten und verlangen vom Reichsarbeitsministerium in allen Fragen unparteiliche Stellungnahme unter voller Berücksichtigung der wirtschaftlich Schwachen.“

Junker und Nationalgefühl.

Polnische „Familienfeste“ auf ostelbischen Gütern.

In Ostelbien, auf dessen Gütern nach Auffassung preussischer Potentpatronen die „nationale Würde“ in Reinkultur zu Hause ist, scheut man sich nicht, schriftlich und mündlich „polnische Arbeiter“ zu suchen. So befindet sich im „Kostoder Anzeiger“ folgende Annonce:

„In Rienhagen bei Hoppenrade i. W. werden sofort 8 polnische Schmittler mit ordnungsgemäßen Papieren gesucht. Fürstliche Gutsverwaltung.“

Und im streng konservativen „Pyriger Kreisblatt“ vom 21. September folgende Notiz:

„Als am Sonntag den 6. September, der Frühzug in Brießig hielt, standen dort zwei Gespanne von Mägdeburg, das dem Regierungsrat Schlange, Röllin, gehört. Sie hatten eine polnische Hochzeitsgesellschaft zur Bahn gebracht. Die Pferde waren mit polnischen Nationalfarben geschmückt. Außerdem befand sich auf dem einen Wagen eine polnische Fahne. Die aus Polen zusammengesetzte Musikkapelle spielte die polnische Nationalhymne und polnische Märsche. Zeugen sind vorhanden.“

Während die deutschnationale Presse sich überschlägt in Polenfeindschaft, sammeln die deutschnationalen Gutsbesitzer polnische billige Arbeitskräfte und feiern mit polnischen Nationalfarben!

Wir sind nicht so bössartig, das Verbot der polnischen Nationalfarben zu fordern oder gar die Nichtbeschäftigung polnischer Arbeiter. Aber man wird an diese Dinge wieder erinnern dürfen, wenn die deutschnationale Regierungs-Presse die Reichsflagge beschimpft und ihren Trägern die „nationale“ Gesinnung abspricht. Die „nationale“ Zuverlässigkeit der Nationalisten hat schon von jeher einen doppelten Boden gehabt.

Republikanertag in Altona.

Begrüßungsbrede des Gen. Severing.

Altona, 28. September. (Mit.) Ein von der Ortsgruppe Altona einberufener Republikanischer Tag vereinte hier am Sonnabend und Sonntag Tausende von Reichsbannerleuten. Über 100 Einzelgruppen aus Hannover und Schleswig-Holstein hatten Delegierte entsandt. Heute nachmittag sprach in der überfüllten Riesenhalle der Altonaer Gartenbauausstellung, stürmisch begrüßt, der preussische Innenminister Severing. Er erinnerte an die Zeit vor zwei Jahren, da am 30. September 1923 in Düsseldorf blutige Bruderkämpfe stattfanden und am folgenden Morgen die Kunde vom Kuffner-Putsch alle Deutschen in neue Sorge versetzte. Solchen Ereignissen zu steuern, Frieden im Lande zu halten, den Staat zu schützen — er betone das im Hinblick auf die Auslegungen, die seinerzeit seine Kieler Rede gefunden — sei das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ins Leben gerufen worden. Die dem Reichsbanner, Hüter des Friedens, gelte sein Hoch. — Der Kundgebung wohnten beide Altonaer Bürgermeister, Senator Eisenbarth-Hamburg und zahlreiche Mitglieder beider Stadtparlamente bei.

Der Arbeitsplan des Landtags.

Beratungen mit kurzen Unterbrechungen. — Pause während der Provinzialwahlen.

Der Aeltestenrat des Landtages beriet am Montag nachmittags noch einmal über die Geschäftslage. Nach Erledigung des Wohnungsausschusses, voraussichtlich am Mittwoch, wird, wie bereits in Aussicht genommen war, der Haushaltsausschuss den Landtag nach in der laufenden Woche beschäftigen. Es tritt dann die geplante Pause bis zum 12. Oktober ein. Der Landtag will den Haushalt des Innern in Angriff nehmen und vom 13. bis zum 23. Oktober sitzen. Daraus schließt sich wiederum eine Pause bis zum 27. Oktober. Vom 28. Oktober ab soll wieder bis zum 6. November gefessen werden. Dann soll wiederum eine Pause folgen bis zum 10. November. Nach einem weiteren Tagungsabschnitt vom 11. bis zum 20. November einschließlich will dann der Landtag mit Rücksicht auf die Wahlen zu den Kreis- und Provinzialparlamenten eine Pause vom 21. bis zum 30. November eintreten lassen. Nach dem Haushalt des Innenministeriums sollen von großen Staats noch beraten werden: der Haushalt der Justiz, der Bergverwaltung, des Staatsministeriums, der Kultushaushalt und die beiden Finanzjehats. Ueber die Weihnachtsferien sind Dispositionen noch nicht getroffen worden.

Humboldthain und Schillerpark.

Wie traurig stehen die Auen und Matten, die Sonne brennt, die Luft ist schwül, kein flüchtig Wölchchen bringt uns Schatten, kein Lüftchen säuselt sonst und kühl.

Man entsetzt so gern des Zimmers Gefängnis: die Arbeiter verlassen nach Feierabend die heißen Fabrikräume und Werkstätten, die Bureaubeamten die dunstigen Schreibtuben, um auf den öffentlichen Plätzen und in den Anlagen Erholung zu suchen.

Im Norden Berlins haben wir den Humboldthain, der unter der kunstvollen Leitung des Parkdirektors Germer und des Stadtgärtners Köhler so vieles Schöne in der Pflege ausländischer Blumen, Bäume und Sträucher bietet. Um die Weggänger der Besucher zu befriedigen, sind daneben Tafeln mit dem Namen der betreffenden Pflanzen angebracht. Aus ertotischen Böden ist dem berühmten Naturforscher ein Denkmal gesetzt worden mit der Inschrift:

Dem Andenken
Alexander von Humboldt
die Stadt Berlin.

Etwas außerordentlich Praktisches und Gutes hat der Magistrat in der Umgestaltung des Blochplatzes getan. Da können die kleinen Buben und Mädels unter der Aufsicht ihrer Eltern oder der älteren Geschwister sich ausstollen, im Sande bauen, Ball spielen und sich sonst vergnügen. Nachmittags ist der Humboldthain oft so stark besucht, daß man kaum eine Sitzgelegenheit findet. Alles ist so schön angelegt — nur läßt der Hain keine Erweiterung zu. Anders ist es mit dem Schillerpark. Vor etwa 18 Jahren ist er angelegt worden. Die Anregung gab damals die Vereinigung der Schillerparkfreunde unter Vorherrschaft des Architekten und Baumeisters Schödlte. Der Magistrat von Berlin hat sich mit der Ausführung dieses Planes ein großes Verdienst erworben. Der Park ist großzügig angelegt, er gestattet nach der Jungfernhöhe zu sogar noch eine bedeutende Erweiterung. Die Rosenterrasse bietet den älteren Leuten die ersehnte Erholung. Die kleinen Buben und Mädels vergnügen sich nachmittags auf der Planschwiese und Mittwoch, Sonnabend und Sonntag ist die Benutzung der Wiesen zum Lagern freigegeben. Ueberall ertel Freude und Vergnügen in dem schönen Park, der noch Generationen nach uns Erholung bieten kann.

Tragisches Ende eines Schwerkriegsbeschädigten.

Das Gerücht von einem Kapitalverbrechen rief in der Nacht zum Sonntag die Mordkommission nach dem Hause Raugarder Straße 12 im Nordosten der Stadt. Von seinen Angehörigen war hier der Ingenieur Weerts mit einer furchtbaren Verletzung im Rücken neben seinem Bette liegend tot aufgefunden worden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben einwandfrei, daß Weerts sich selbst getötet hatte. Als Waffe diente ihm ein altes russisches Infanteriegewehr, das er aus dem Felde mitgebracht hatte. An dem Abzug hatte er aus der Leitungsschmure einer elektrischen Tischlampe eine Schlaufe befestigt. Nach dem Boden beugte er sich mit der Brust über die Mündung des auf dem Fußboden stehenden Gewehrs, trat mit dem Fuß in die Schlaufe und zog ab. Der Schuß drang linksseitig in die Brust und trat an der rechten Schulter wieder heraus. Das Geschöß wurde in der Zimmerecke gefunden. Durch das selbe Aufspringen des Körpers auf die Mündung wurde nicht nur der Schall gedämpft, sondern auch der Umfang der Verwundung erklärt. Der Grund zu dem Selbstmord ist in nervöser Ueberregung zu suchen. Weerts war mit einer schweren Oberextremitätenverletzung aus dem Weltkrieg heimgekehrt und litt immer noch starke Schmerzen. Um diese zu betäuben, hatte er Morphium genommen. Alle diese Umstände veranlaßten ihn endlich, Hand an sich zu legen.

Bodenbrand in Neudölln.

Ein neuer Bodenbrand wurde am Sonntag vormittag gegen 10½ Uhr im Hause Goethestraße 16 zu Neudölln entdeckt. Bewohner des gegenüberliegenden Hauses nahmen das Feuer zuerst wahr und alarmierten die Feuerwehr und die Rieker des Brandhauses. Beim Eintreffen der Wehr hatten die Hausbewohner jedoch den Brand schon bezwungen, so daß die Löschzüge gleich wieder abrücken konnten. Die Untersuchung ergab, daß auf dem Boden Wäsche in Brand gesteckt worden war. Da mehrere Stücke vernichtet wurden, so ist anzunehmen, daß das Feuer angelegt wurde, um einen Wäschestiefel zu verschleiern. Die Ermittlungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen.

Zu der Verhaftung der beiden Männer, die sich nach Aussagen von Zeuginnen im Hause Hohenzollerndamm 111 am 24. d. W. kurz vor Ausbruch des Dachstuhlbrandes verdächtig machten, wird mitgeteilt, daß beide immer noch bestreiten, in diesem Hause gewesen zu sein. Die Untersuchungen sind aber noch nicht abgeschlossen. Beide bleiben darum vorläufig noch in Haft.

Bildungsmöglichkeiten für Eisenbahner.

Zur Aus- und Weiterbildung von Eisenbahnerpersonal bestehen im Deutschen Reich seit längerer Zeit die Eisenbahnerfachschulen. Sie haben bisher eine beträchtliche Zahl Eisenbahner ertacht und gute Erfolge gebracht. Die Lehrpläne des Verbandes Deutscher Eisenbahnerfachschulen haben schon über 60 000 Arbeiter und Beamte auf Prüfungen vorbereitet. Jetzt will dieser Verband für die vielen Eisenbahner, die infolge ihres Dienstes entweder überhaupt nicht oder doch nicht regelmäßig an dem Klassenunterricht der Fachschule teilnehmen können, den Nothbehelf eines briefflichen Fernunterrichts schaffen. Er will hiermit für diejenigen sorgen, die abseits von den großen Verkehrswegen an einsamer Stelle ihren Dienst tun müssen und dort nicht die Möglichkeit haben, durch Besuch einer Fachschule sich weiterzubilden. Der brieffliche Unterricht soll aber auch denen zugute kommen, die zwar eine Fachschule besuchen, doch wegen dienstlicher Abhaltung oder wegen Krankheit dem Unterricht zeitweise fernbleiben müssen.

Der geschäftsführende Vorstand des Verbandes hat in einer Denkschrift dargelegt, wie der geplante Fernunterricht durchgeführt werden könnte. In Amerika ist dieses Unterrichtsverfahren schon seit Jahrzehnten sehr verbreitet, in Deutschland aber hat man es bisher nur wenig angewendet. Die Vorteile des Fernunterrichts sind die, daß er unabhängig von Ort und Zeit genommen wird und daß man zur Ausarbeitung der Unterrichtsbriefe die besten Fachleute heranziehen kann. Wenn die Teilnehmer ernst arbeiten, können gute Erfolge erzielt werden. Durch gelegentliche mündliche Unterweisungen kann ihre Arbeit noch unterstützt werden. Die Unterrichtsbriefe dürfen nicht fahle „Leitfäden“ sein, sondern müssen sich dem Verfahren des mündlichen Unterrichts möglichst annähern. Sie müssen methodisch ausgearbeitete Lektionen bieten, denen die notwendigen Zeichnungen und Abbildungen beigegeben sind. Die Denkschrift betont das als unerlässliche Forderungen für die Ausarbeitung der Unterrichtsbriefe: Nebenbei weist sie darauf hin, daß künftig vielleicht auch die drahtlose Telephonie noch einen mündlichen Fernunterricht ermöglichen könnte. Die schwierige Frage der Unterrichtsversorgung nach Weiterbildung verlangender, aber abseits wohnender Eisenbahner, wäre hiermit zu lösen. Der brieffliche Fernunterricht ist so gut gedacht, daß jeder Teilnehmer je nach der ihm verfügbaren Zeit regelmäßig alle acht bis vierzehn Tage zusammen mit der Korrektur der von ihm an die Fachschule gelangten letzten Arbeit eine neue Aufgabe erhält. Der Lehrstoff für den Fernunterricht entspricht vollständig dem Plan des Klassenunterrichtes der Fachschule. Die Kosten des Fernunterrichts einschließlich Unterrichtsmittel sollen nicht höher bemessen werden als die üblichen Beiträge zu den Kosten des Klassenunterrichts. Begonnen wird mit den Unterrichtslehren der Unterstufe vom Normalstundenplan

des Verbandes und zwar für den technischen und den nicht-technischen Dienst. Wenn sich Teilnehmer genug finden, die sich für die Prüfung zum Eisenbahnerfachschulen und für die Fachprüfung erster Klasse vorbereiten wollen, so wird auch für sie Fernunterricht eingerichtet. Alle Fernunterrichtsteilnehmer sollen mindestens an einem Tage im Monate nach mündlichen Unterricht durch Fachlehrer der Schule ihres Direktionsbezirks erhalten. Die Fernunterrichtsteilnehmer legen schließlich bei der Fachschule ihres Bezirks in Anwesenheit eines Kommissars der Eisenbahnverwaltung eine Prüfung ab, die der Vorprüfung für die betreffende Beamtenlaufbahn entspricht.

Eisenbahner, die am Fernunterricht teilnehmen wollen, bitten der Vorstand des Verbandes deutscher Eisenbahnerfachschulen um unverbindliche Meldung bis spätestens 5. Oktober bei der Geschäftsstelle in Berlin (Teltower Straße 16). Beizufügen sind ein Lebenslauf, aus dem die Vorbildung und etwa schon bestandene Prüfungen ersicht werden, und eine Zeugnismerkmal für die Antwort. Je mehr Teilnehmer sich melden, desto niedriger wird die Teilnehmergebühr. Der Verband hofft, mit diesem Fernunterricht den Beifall vieler Eisenbahner zu finden.

Die Raubzüge der drei Brüder Heinrich.

Erste Tagung des Schwurgerichts nach den Gerichtsferien.

Das Schwurgericht des Landgerichts III begann heute die erste Tagung nach den Ferien unter der Leitung des neuen Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Bombe. Die übrige Richterschaft des Schwurgerichts mit den Landgerichtsräten Friede und Bormbaum ist dieselbe geblieben. Zur Verhandlung stand der schwere Raubüberfall in der Vorstadt Oranienburgs am 23. April 1921, bei dem von den Räubern auf der Flucht der Schlächtermeister Wangelndorf erschossen worden ist.

Die drei Brüder Max, Hermann und Paul Heinrich sind verwegene Räuber, die eine ganze Reihe von Raubüberfällen verübt haben. Das größte Aufsehen erregte der löhne Handreich auf den Lutoomnibus bei Strausberg. Dieser Fall ist bereits vom Schöffengericht Lichtenberg, zusammen mit einem Raubüberfall im Waldsaier in der Bernauer Forst, abgeurteilt worden. Bei dem Strausberger Ueberfall war der damalige aktive Polizeiwachmeister Stiehlte mitbeteiligt. Auch Hermann und Paul Heinrich waren früher im Polizeidienst tätig. Max Heinrich, obwohl er bereits wegen schweren Raubes mit 5 Jahren Zuchthaus vorbestraft worden war, war bei einer Anstellung mit den Papieren seines unbestraften Bruders Hermann ausgetreten. In Lichtenberg konnte nur mit Stiehlte die zwei Brüder abgeurteilt werden und erhielten schwere Zuchthausstrafen. Hermann Heinrich spielt den Geisteskranken, und das Verfahren gegen ihn wurde abgetrennt, nachdem er vor Gericht eine Tobsuchtszene aufgeführt hatte. Er ist inzwischen nach Herzberge gekommen. Auch in der heutigen Verhandlung spielte er wieder die Rolle eines Geistesverwirrten. Das Gericht beschloß aber nach Anhörung des Gerichtsarztes zunächst in die Verhandlung auch gegen Hermann einzutreten, wird aber auch noch Sanitätsrat Dr. Leppmann zur Begutachtung heranziehen.

Unter den Rädern der Autos.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde der Polizeiwachmeister Popofsch auf einer Streifenfahrt in der Perleberger Straße von einer Autodrohsäke überfahren. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er nach dem Staatskrankenhaus übergeführt. — Ebenfalls von einer Autodrohsäke überfahren wurde die 23jährige Hausgehilfin Katharina Harifsch auf der Rodenbergstraße. Mit erheblichen Kopfverletzungen und einem Oberschenkelbruch kam sie nach dem Robertkrankenhaus. — Von einer Autodrohsäke wurde auch der 13jährige Straßenbahnkehrer Otto Sch aus der Helmstraße überfahren. Er fand im Urbankrankenhaus mit schweren Kopfverletzungen Aufnahme.

Wassereintruch auf Zechen Haniel.

Menschenleben nicht gefährdet.

Auf Schacht I der Zechen Haniel bei Sterkrade ereignete sich am Freitag und Sonnabend ein großes Unglück. Am Freitag nachmittag machte sich auf der zweiten Sohle des 600 Meter tiefen Schachtes ein Wassereintruch bemerkbar, der sich erst am Sonnabend voll auswirkte. Ansehend ist, wie die Bergbaukommission bis jetzt festgestellt hat, das Unglück auf den Druck einer Schachtmauer zurückzuführen. Die Wasserfluten ergossen sich am Sonnabend mittag in den Schacht. Sechs Bergleute waren zur Zeit des Unglücks auf der ersten Sohle beschäftigt und wurden von der ungeheuren Wucht des Aufdrucks mehrere Meter weit fortgeschleudert. Außer einem Armbruch eines Bergmannes erlitten die Bergleute keine erheblichen Verletzungen. Sie konnten sich noch rechtzeitig vor den Wasser- und Schlammfluten in Sicherheit bringen. Die Wasserfluten setzten mit ungeheurer Geschwindigkeit den ganzen Schacht unter Wasser und fanden dann durch ein großes Zugangsstollen den Weg zu den benachbarten Zechen. Die Zechen der Gutehoffnungshütte in Sterkrade und Osterfeld wurden stark gefährdet. Zurzeit wird hauptsächlich daran gearbeitet, die zwischen den Zechen „Haniel“ und „Jakobi“ bestehende unterirdische Verbindung durch eingeführte Erdmassen abzustützen. Es ergeben sich hierbei jedoch Schwierigkeiten, da die Wassermassen mit stärkster Wucht von oben und unten einschleichen. Am Sonnabend nachmittag kurzge dann der Schacht der Zechen „Haniel“ vollständig ein. Die darauf befindlichen großen modernen Förderanlagen des Hauptbetriebsgebäudes und ein Teil der Nebengebäude sowie eine große Menge Maschinen versanken in den sich bildenden Schlamm- und Wassermassen, die ein Ausmaß von 70 bis 80 Metern im Durchmesser haben. Das Ganze bildet ein wüstes Chaos von Schlamm und Steinen und Balken. Der Schacht ist vollständig zerstört. Auch Schacht II der Zechen Haniel ist stark gefährdet, und man rechnet unter Umständen mit derselben Katastrophe für diesen Schacht. Alle Arbeit beschränkt sich darauf, die umliegenden Zechengebiete vor der Katastrophe zu schützen. Die Zechenanlagen in dem gesamten Gefahrengebiet sind gesperrt und die Bauarbeiten zum Teil geräumt.

Der amtliche Bericht über den Wassereintruch der Zechen, der jedoch herausgekommen ist, und dessen erster Teil das Unglück bestätigt, erklärt weiterhin: „Auf noch nicht einwandfrei aufgearbeitete Weise brachen einige Tübbingssegmente des eisernen Schachtausbaues, wodurch sich große Schwemmasandmengen in den Schacht ergossen und den Schacht in seinem oberen Teil zum Einsturz brachten. Im Schacht selbst war zur Zeit des Einbruches niemand beschäftigt. Abgesehen von einem nur leicht Verletzten ist bei dem Unglück niemand zu Schaden gekommen. Vertreter der Bergbehörde waren sofort nach dem Unfall zur Stelle. Die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen sind an Ort und Stelle sofort getroffen worden. Von einer Gefährdung der Nachbarzechen ist keine Rede. Auch der Schacht I der Schachtanlage von Haniel ist nicht in Mitleidenschaft gezogen.“

Volkshalle für Englisch, Französisch, Spanisch. Anfang Oktober beginnen in der Sprachenschule für Dolmetscher die neuen Winterkurse für Englisch, Französisch und Spanisch. Es werden wieder Kurse für Anfänger ohne Vorkenntnisse und solche für Teilnehmer mit Vorkenntnissen eingerichtet. Anmeldungen: Für das Zentrum am Mittwoch, den 30. September und Donnerstag, den 1. Oktober abends von 6-9 Uhr in der Schule Gipsstr. 23a (nahe Alexanderplatz und Bahnhof Zeil); für Neudölln am Dienstag, den 29. September, abends von 6-9 Uhr im Saal Richardplatz (Zeileneingang).

Jugendveranstaltungen.

Wochenblatt Offen. Kreisratshaus. Seite 1/2, 9 Uhr. Turnhalle Scherzstraße.

